

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Margenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202-203  
Tel.-Nro. Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung  
Geschäftstag 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH  
Berlin SW. 66, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2501

## Verschärfung der außenpolitischen Lage

London, 19. Oktober. (WZB.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt zu der Verwerfung der deutschen Vorschläge durch Poincaré, dies scheint wirtschaftliche Verhandlungen mit Deutschland für lange Zeit unmöglich zu machen. Niemals sei so klar gesagt worden, daß Frankreich Deutschland nicht anhöre wird, bis nicht nur das Ruhrgebiet zum normalen Betrieb zurückgeführt ist, sondern bis die Sachlieferungen an die Alliierten wieder aufgenommen sind und ein Maß annehmen, das dem vor dem 11. Januar gleichkommt. Da Sachlieferungen in großem Maße nicht stattfinden könnten, wenn Berlin nicht bereit sei, sie zu finanzieren, und da Berlin erkläre, daß es jetzt unmöglich geworden sei, zur gleichen Zeit die Sachlieferungen zu finanzieren und finanzielle Reformen durchzuführen, so scheint die Ansicht die zu sein, daß Deutschland immer weiter der Verwirrung anheimfällt. Es scheint, daß der vorgeschlagene Schritt die Angelegenheiten nicht nur nicht vorwärts gebracht, sondern die Lage endgültig schwieriger gestaltet hat.

Von einer Seite, die mit den politischen Absichten des Reichskanzlers angeblich „durchaus vertraut“ sei, werden im Berliner „Börsen-Kurier“ Mitteilungen veröffentlicht, die den Anschein erwecken könnten, als ob die Regierung eine Schwelung in ihrer Außenpolitik vorbereite. Dieser Anschein wird dadurch verstärkt, daß die schwerindustrielle „Telegraphen-Union“ sich bereit, den Inhalt des erwähnten Artikels im Auszuge wiederzugeben.

In dem Artikel wird zunächst erklärt, der Reichskanzler habe versucht, mit Frankreich zu ehrenvollen Verhandlungen zu kommen. Er sei „an die äußerste Grenze dessen gegangen, was er den Feinden zugestehen konnte“. Nun aber müßten am 21. Oktober alle Zahlungen des Reiches nach dem Ruhrgebiet eingestellt werden. Was sich dann im Ruhrgebiet ereignete, falle der französischen Regierung zur Last. Im inneren Deutschland würden in den nächsten Tagen Sparmaßnahmen in Angriff genommen der Regierung veröffentlicht werden, die alles, was bisher auf diesem Gebiete geschehen ist, durch ihre Schärfe in den Schatten stellen würden. Dann heißt es über die neuen Entscheidungen in der Außenpolitik:

Wir stellen somit endgültig jegliche Reparationslieferung und jegliche Reparationszahlung an Frankreich ein und sind uns der Konsequenz voll bewußt, daß diese uns durch die äußerste Not diktierte Maßnahme wahrscheinlich den Bruch mit Frankreich bedeuten wird.

Erst vor kurzem haben die Anhänger der äußersten Rechten den Bruch mit Frankreich verlangt und dem Reichskanzler Mangel an Mut vorgeworfen, als er dies damals ablehnte. Herr Dr. Stresemann wußte sehr wohl, aus welchen Gründen er den Zeitpunkt des offenen Bruches mit Frankreich noch verschoben mußte. Ein Bruch schon vor drei Wochen hätte bedeutet, daß wir die ganze Entwicklung seit der Einstellung des passiven Widerstandes vorweggenommen hätten, daß wir dem französischen Ministerpräsidenten die Verantwortung für den Bruch abgenommen hätten. Wenn wir auch von vornherein annehmen könnten, daß eine Verständigung mit Frankreich ausgeschlossen ist, so hätte uns das die übrige Welt angeht die Erklärungen Poincarés damals nicht gestaubt. Jetzt haben wir Poincaré dazu gezwungen, Farbe zu bekennen, jetzt weiß alle Welt, jetzt wissen auch die übrigen Alliierten, daß Frankreich keine Reparationen, keine Verständigung, sondern die Vernichtung des Deutschen Reiches zum Ziele gesetzt hat. Jetzt müssen auch die übrigen Alliierten Farbe bekennen, ob sie auch dieses Ziel Frankreichs billigen und ob sie es unterstützen, gleichgültig, ob aktiv oder passiv. Die übrigen Alliierten werden uns so eher Gelegenheit haben, ihre wahre Einstellung gegen Deutschland und — den Friedensgedanken zu zeigen, da Deutschland in Kürze auch gezwungen sein wird, auch bei den Mächten die Reparationsleistungen einzustellen, die bisher noch beliefert worden sind.

Diese ganze Entwicklung, die nur zu unseren Gunsten wirken kann, hätte die Reichsregierung vorweggenommen, wenn sie unklugerweise dem deutschnationalen Verlangen nach der Verständigung des Bruches mit Frankreich vor drei Wochen stattgegeben hätte.

Wir glauben nicht, daß durch diese Darlegungen der deutschen Politik ihre schwere Aufgabe erleichtert worden ist. Gerade angesichts der weittragenden Entscheidungen, die in den nächsten Tagen zu treffen sind, müßte eine ihrer Verantwortung bewußte Publizistik auf das sorgfältigste jeden Anschein vermeiden, als ob die Regierung die deutschnationalen Forderungen nach einem Bruch mit Frankreich nur deshalb abgelehnt habe, um die Verantwortung für einen solchen Schritt für a n r e i c h zuzuschieben. Eine solche Darstellung könnte im Auslande die Auffassung erwecken, als ob die Regierung Stresemann von Anfang an zwar mit den Deutschnationalen eines Sinnes gewesen wäre, aber lediglich aus taktischen Gründen eine andere Politik getrieben habe. Es liegt nicht im deutschen Interesse, wenn derartige vollkommen unrichtige Auffassungen im Auslande entstehen. Es muß deshalb mit aller Entschiedenheit gegen die Darstellung im „Börsen-Kurier“ Einspruch erhoben werden.

## Deutschland und die belgischen Vorschläge.

Paris, 18. Oktober. (WZB.) Der Brüsseler „Tempo“-Korrespondent macht heute sehr bestimmte Angaben über eine längere Abhandlung der Berliner Regierung zu den Sachverständigenarbeiten. Dieses Dokument werde demnächst der Reparationskommission zugestellt werden. In seinem ersten Teil bringe es eine ausführliche Kritik des von Belgien diktierten Monopolsystems und führe

insbesondere aus, daß die Verbrauchssituation nur die große Masse des Volkes und nicht die besitzende Klasse treffen würde. Den Ertrag sämtlicher Monopole veranschlagt die Reichsregierung mit 1300 Millionen Goldmark, während die belgischen Sachverständigen eine Summe von 1530 Millionen Goldmark errechnet haben. Im übrigen beständige die deutsche Regierung die Ansicht der belgischen Sachverständigen, wonach der deutsche Staatshaushalt durch eine Bewertung dieser Monopoleinnahmen ins Gleichgewicht gebracht werden könne. Mit Ausnahme von drei Monopolen, Alkohol, Zucker und Salz, die 800 Millionen Goldmark abwerfen, verwerfe die Reichsregierung alle übrigen. Die Reichsregierung stelle sich auf den Standpunkt, daß es ihr unter keinen Umständen, nachdem der Verkaufspreis der deutschen Kohle den Weltmarktpreis überschritt, möglich sei, unter gleichzeitigem Verzicht auf die drei oben genannten Monopole die Kohlenlieferungen an die Alliierten wieder aufzunehmen. In dem Dokument weisen die deutschen Sachverständigen auch die Idee einer interalliierten Ausbeutung der Eisenbahnen des Reiches zurück. Die Berliner Regierung erklärt sich indessen bereit, einen gewissen Beitrag an die Verbündeten zu entrichten, vorausgesetzt, daß die rheinisch-westfälischen Eisenbahnen völlig freigegeben werden. Was die 25prozentige Beteiligung an den deutschen Industrieunternehmen anlangt, von denen in den belgischen Entwürfen gleichfalls die Rede ist, so bemerke die Note der Reichsregierung sich in ziemlich dunklen Andeutungen. Immerhin stelle Berlin die Grundidee unter gewissen Voraussetzungen nicht in Abrede.

Wie der Pariser Vertreter des Volkischen Telegraphenbureaus von zuständiger Seite erfährt, handelt es sich bei dem angeführten deutschen Urteil um eine Niederschrift von Sachverständigen, die den belgischen Monopolplan vom budgetären und finanziellen Standpunkt aus nach dem ihnen vorgelegten belgischen Graubuch beurteilt haben. Diese Niederschrift ist einigen belgischen Persönlichkeiten zur Kenntnis übermittleit worden. Bis jetzt ist jedoch nichts davon bekanntgeworden, daß die deutsche Regierung die Absicht hätte, der Reparationskommission eine Denkschrift über die Monopole zu übergeben.

## Bradbury pessimistisch.

Paris, 19. Oktober. (WZB.) Der „Humanité“ zufolge soll der englische Delegierte in der Reparationskommission Sir John Bradbury anlässlich der Ueberreichung der belgischen Sachverständigenstudien an die Reparationskommission geäußert haben: „Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß die offizielle Mitteilung, die gestern nachmittags der Reparationskommission über die belgischen Sachverständigenstudien gemacht wurde, bedeute, die Kommission werde sehr bald aktiven Anteil an der Regelung der Reparationsfrage nehmen. Die in Frage stehenden Dokumente enthalten Anregungen, die nach meiner Meinung wahrscheinlich als Grundlage für eine Reparationszahlung durch Deutschland dienen, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Betrag dieser Zahlungen festgelegt worden ist und daß Deutschland in der Lage ist, die Zahlung zu beginnen. Die Kommission kann inzwischen nichts unternehmen, um die politischen und materiellen Hindernisse aus der Welt zu schaffen, die der Regelung dieser Präliminarfrage doch der Weg versperren.“

## Henderson für sofortige Verhandlungen.

London, 19. Oktober. (WZB.) Der Arbeiterführer Arthur Henderson erklärte in einer Rede in Newcastle, was im Augenblick notwendig sei, sei eine einzige unzweideutige Erklärung über die zukünftige britische Politik. Nachdem die deutsche Regierung den passiven Widerstand aufgegeben habe, müßten volle und sofortige Verhandlungen zwischen den Alliierten und der deutschen Regierung stattfinden, um eine prompte Wiederherstellung des bürgerlichen und wirtschaftlichen Lebens des Ruhrgebietes unter der Verwaltung des Deutschen Reiches zustande zu bringen.

## Dollar 12 Milliarden.

An der Berliner Börse gab es heute Sensationen verschiedener Art, aber zunächst keine Effektenbörse. Es ist zwischen Wallern und Börsenvorstand ein Konflikt daraus entstanden, daß man die Waller für die Annahme der Ordres auf Rechnung unsicherer Bankfirmen haltbar machen wollte. Die Drei-Männer-Kommission hat diesen Streit zuungunsten der Waller entschieden. Diese weigerten sich daraufhin, heute ihre Tätigkeit aufzunehmen. Es waren bis 1 Uhr noch keine Kurse notiert.

Die erste Festsetzung der variablen Kurse erfolgte um 1 Uhr unter großen Schwierigkeiten infolge des starken Andranges der Käufer. Eine Deputation der Waller hat sich zum preussischen Handelsminister begeben.

Am Devisenmarkt entwickelte sich im Hinblick auf die Zuspitzung des Konfliktes zwischen Reichsregierung und Sachsen sowie in Anbetracht der außerordentlich schwierigen außenpolitischen Verhältnisse eine stürmische Hausse, der die Reichsbank maßlos gegenüberstand. Am 11. Oktober notierten bei voller Zuteilung London 54 Milliarden, der Dollar 12 Milliarden. Der Dollar wurde im freien Verkehr unmittelbar nach der amtlichen Notierung mit 12½ bis 13 Milliarden gehandelt.

Ungewöhnliche Nachfrage herrschte nach Dollarschönungswungen. Das Angebot war verschwindend gering. Die Devisenhausse gab natürlich den Anstoß zu einem neuen Umrechnungsprozeß am Markt der Dividendenpapiere. Sobald es zu einer Notierung kommt, werden diese voraussichtlich wieder Verdoppelungen und Verdrehungen der Kurse ergeben. Durch die bedeutenden Kurs- und Preissteigerungen hat sich die Geldmarktlage weiter verschärft. Man nannte heute Sätze für tägliches Geld bis zu 10 Prozent. Amtlicher Mitteltkurs des Dollars: 12 Milliarden Mark.

## Schwarze Reichswehr.

Der sächsische Ministerpräsident, Genosse Dr. Zeigner, hat gestern im Dresdener Landtag seine lange angekündigte Rede über die schwarze Reichswehr gehalten. Er hat sich dabei im Wesentlichen darauf beschränkt, seine Ausführungen vom Berliner Bezirksparteitag zu wiederholen.

In der bürgerlichen Presse, soweit sie nicht vorerinnungen ist, sind die Meinungen über diese Rede geteilt. Die „Vossische Zeitung“ nimmt sie zum Anlaß, ihre bisher recht freundliche Haltung zur sächsischen Regierung ganz scharf zu ändern und zu sagen, der sächsische Ministerpräsident habe Del ins Feuer gegossen und sich offenkundig ins Unrecht gesetzt. Das „Berliner Tageblatt“ hingegen findet, die Rede habe eher den Eindruck eines Rückzuges gemacht.

Selbstverständlich ist, daß die Rechte in der Rede nur einen willkommenen Anlaß sieht, den sächsischen Konflikt zu verschärfen. Sie will die Reichsregierung zu Schritten gegen Sachsen drängen, die den Rücktritt der sozialdemokratischen Reichsminister zur Folge haben und die Bahn für eine Herrschaft der äußersten Reaktion freimachen.

Der Sache selbst wird am besten gedient sein, wenn man das Problem der sogenannten „schwarzen Reichswehr“ ohne Scheu vor aller Deutlichkeit seines geheimnisvollen Charakters entkleidet, das vorhandene Uebel in seiner richtigen Ausdehnung feststellt und es schnelligst beseitigt.

Nach allen vorliegenden Nachrichten scheint es Tatsache zu sein, daß die Reichswehr an verschiedenen Orten Anwerbungen über den etatmäßigen Stand hinaus vorgenommen hat. Da und dort geschieht es, daß ein paar tausend junge Leute eingezogen und nach einigen Wochen wieder entlassen werden. Teils erfolgen diese Entlassungen freiwillig, teils unter dem Druck der Landesbehörden, besonders der preussischen Staatsregierung, die hinter diesen Dingen besonders scharf her ist.

Ueber den zahlenmäßigen Umfang der vorübergehenden oder dauernden Mehrereinstellungen steht nichts fest, allzu groß kann er nicht sein. Die Behauptung, daß es sich um „Rüstungen“ handle, die einer auswärtigen Macht gefährlich werden könnten, ist unseres Wissens nicht einmal von den verwickeltesten Chauvinisten des Auslandes aufgestellt worden, sie wäre auch zu lächerlich. An der Tatsache, daß Deutschland entwaffnet und von stark bewaffneten Nachbarn umringt ist, kann die Soldatenpielerei ein paar tausend hunger Leute nichts ändern. Wenn gestern im sächsischen Landtag der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Kaiser deklamierte, der Ministerpräsident habe „die ersten Anzeichen eines Wiederauwachens Deutschlands dem Feinde preisgegeben“, so kann man eine solche Äußerung nicht anders denn als gemeingefährlichen Wadtsinn bezeichnen. Herr Kaiser möge sich bei einem beliebigen militärischen Fachmann erkundigen, was es mit diesem „Wiederauwachen“ auf sich hat.

Bernünftigen Leuten wird man nicht einreden können, daß es möglich sei, eine Armee, wie sie heutzutage zum Kriegsführen notwendig ist, unemerkt vom Ausland aufzustellen und eines Tages wie Hethen aus dem Busch mit ihr herauszukommen. Die Entwaffnung eines einzigen Volkes inmitten einer schwerbewaffneten Welt, die einseitige Abrüstung ist ein Unrecht, aber das läßt sich nicht dadurch ändern, daß man ein paar tausend jungen Leuten heimlich die Kunst des Schießens beibringt!

Warum aber haben die Vorgänge bei der Reichswehr gerade bei den linksgerichteten republikanischen Kreisen so tiefe Beunruhigung ausgelöst? Es ist nur ein parteidemagogischer Kniff, wenn man diese Beunruhigung auf die bekannte „vaterlandslose Gesinnung“ zurückzuführen versucht. Die wahre Ursache liegt vielmehr auf der Hand, sie besteht in der Tatsache, daß jene Anwerbungen ausschließlich aus ultrareaktionären Kreisen erfolgt sind, daß immer wieder Verbindungen nachgewiesen werden zwischen einzelnen Reichswehrstellen und illegalen Verbänden, die sich wegen ihrer republikfeindlichen Betätigung der besonderen Aufmerksamkeit der Staatspolizei erfreuen. Mit diesem gemeingefährlichen Unsum muß Schluß gemacht werden, und zwar schnelligst!

Die Reichswehr muß ein süßgutes Werkzeug in der Hand der verfassungsmäßigen Regierung sein. Als solches hat sie sich bei den Vorfällen von Rastatt erwiesen, wo sie gezwungen war, gegen einen meuternden Trupp, der sich gegen die Auflösung wehrte, mit bewaffneter Hand vorzugehen. Auch Genosse Zeigner nimmt an, daß die Reichswehr zu erheblichen Teilen noch zuverlässig ist; er sprach gestern von 40 Proz. Ueber das Prozentverhältnis läßt sich streiten; eine Meinung kann nur darüber bestehen, daß die Reichswehr nicht zu 40, 60 oder 90, sondern zu hundert Prozent unbedingt zuverlässig sein muß. Kann sie das aber, wenn sie Verbindung mit Elementen unterhält, die von Unterordnung unter die bestehende Staatsgewalt nichts wissen wollen, sondern ihr Tod und Verderben geschworen haben?

Daß zwischen der Reichswehr und den Massen der arbeitenden Bevölkerung kein Vertrauensverhältnis besteht, ist tief bedauerlich. Aber wie kann ein solches Vertrauensverhältnis auskommen, wenn Verbindungen der Reichswehr mit Stahlhelm, Berwolk, Rolandbund, Bismarckbund und ähnlich vertrauenswürdigen Gesellschaften nachgewiesen werden? Der Versuche solcher Organisationen, sich in die bewaffnete Macht des Reiches einzunisten, müssen mit drakonischen Maßnahmen zurückgewiesen werden, und drakonische Strafen sind notwendig gegen Offiziere, die solche Versuche mit Vorbedacht oder auch nur aus Dummheit unterstützen.

Zweifellos ist also in der Reichswehr ein schlimmes Uebel vorhanden. Will man es vertuschen, so erreicht man damit nur, daß übertriebenen Gerüchten freier Raum gelassen und, vielleicht in gefährlichsten Augenblicken, einer Panikstimmung Vorschub geleistet wird. Daß dieses Uebel von verschiedenen Seiten her mit Entschiedenheit bekämpft wird, daß seine Eindämmung bis zu einem gewissen Grade auch schon gelungen ist, wissen wir. Wie aber die Dinge heute stehen, kann Verstandspfeil nur von Uebel sein. Wenn Fehler begangen worden sind, und sie sind begangen worden, gebe man sie freimütig zu und Sorge für ihre Beseitigung in aller Öffentlichkeit! Dann wird das Vertrauen wiederkommen. Solange es aber so etwas wie eine Geheimgeschichte der Reichswehr gibt, die sich wie ein spannender Detektivroman liest, wird sich die Unruhe vermehren, die eines Tages gefährliche Folgen haben kann.

Bei der Aktivität der faschistischen Verbände kann jeden Tag die Stunde kommen, in der die Reichswehr in größerem Umfang und unter schwierigeren Umständen als in Rüsting beweisen muß, daß sie zuverlässig ist. Der Staat und das Volk aber haben ein Recht, eine solche Beschaffenheit der Reichswehr zu verlangen, daß Zweifel an ihre Zuverlässigkeit überhaupt gar nicht aufkommen können.

Das ist ein Ziel, von dem sie noch weit entfernt sind, aber es ist keine Zeit mehr zu verlieren, um es zu erreichen. Braucht dann die Macht der Republik eine Verstärkung, so wird sie zu finden sein auch ohne Werwolf, Stahlhelm und Ihesgleichen. . . .

## Entspannung in Sachsen.

Die „B. Z. am Mittag“ glaubt zu wissen, daß der Rücktritt des Militärbefehlshabers für Sachsen, Generalleutnant Müller, bevorsteht. Die Meldung entspricht nicht den Tatsachen. Hingegen hat gestern zwischen dem Militärbefehlshaber und dem sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigler eine Unterredung stattgefunden, die wesentlich zu einer Entspannung der Lage beitragen dürfte.

## Baden und das Reich.

### Gegen den Preiswucher der Kartelle.

Karlsruhe, 18. Oktober. (U.) In einer Zentrumsversammlung verbreitete sich gestern Abend der badische Finanzminister Köhler über die augenblickliche Lage. Er betonte erneut das Festhalten Badens am Reich. Zu wünschen sei dringend, daß für Baden der Belagerungszustand aufgehoben werde, da die Zivilbehörde recht wohl imstande sei, die Ordnung aufrechtzuerhalten resp. wiederherzustellen; die Vorgänge in Oberbaden im September und die jüngsten Vorkommnisse in Mannheim hätten das deutlich erwiesen. In seinen weiteren Ausführungen forderte Finanzminister Köhler ein sofortiges scharfes Eingreifen der Reichsregierung gegen die Preispolitik der Syndikate und Kartelle, da die gegenwärtigen Zustände nicht mehr länger zu ertragen seien. Die Wohnabgabe habe sich überlebt, und die Wohnungspolitik sei alsbald auf eine andere Grundlage zu stellen. Was die Sanierung der Reichsfinanzen anbelange, so sollen die Allereichsten im Lande zu einer kräftigen Sonderabgabe herangezogen werden.

## „Das Reich ist in Gefahr!“

### Wie es in Bayern verstanden wird . . .

München, 19. Oktober. (U.) Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Bayern und Sachsen schreibt die „Münchener Augsburger Abendzeitung“, es werde natürlich nicht ausbleiben, daß diese Rundgebung der bayerischen Regierung wieder als ein Fanfarenstich zum Vormarsch auf dem Wege einer Separation betrachtet wird. Der Standpunkt, von dem aus der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Bayerns zu Sachsen diktiert werde, sei aber einzig und allein das Reichsinteresse, wie es in Bayern verstanden werde. Das Unheil, das durch die marxische Verlesung des öffentlichen Lebens erfolgt sei, habe einen Umfang an-

genommen, der die Weiterexistenz des Reiches zu zermalmen drohe. In diesem Sinne solle die bayerische Rundgebung als ein Alarm-schuß betrachtet werden: Das Reich ist in Gefahr.

## Die Ausweisungspolizei.

### Und das Franken-Zuckerbrot.

Aus Hessen wird uns geschrieben:

Die Hoffnung, daß nach Aufhebung des passiven Widerstandes die Ausweisungspolizei aufgehoben würde und die allmähliche Rückleitung der Ausgewiesenen in ihre Heimat in nahe Zukunft gerückt sei, ist als nichtig zu betrachten. Die Ausweisungen werden sogar munter fortgesetzt. Am Montag wurden aus Mainz 18 Bürger mit ihren Familien ausgewiesen, darunter der Beigeordnete der Stadt Mainz, Hiemenz, fünf Lehrer, einige Arbeiter und Arbeitersekretär Genosse Gröhner, der letzte Verwalter des Mainzer Gewerkschaftssekretariats. Das Mainzer Arbeiter- und Gewerkschaftssekretariat sind nun fast vollständig verwaist, bei der starken Inanspruchnahme der beiden Institute ein schwerer Schaden für die wertvolle Bevölkerung. Obwohl man sich hier über das endgültige Schicksal und die Möglichkeit der Rückkehr der Ausgewiesenen wenigstens in maßgebenden Kreisen nicht dem mindesten Optimismus hingab, hat die Wiederaufnahme der Ausweisungspolizei doch stark überrascht.

Es handelt sich bei den zuletzt Ausgewiesenen um zum größten Teil völlig unpolitische Personen. Die mit der Ausweisung verbundene Möbelbeschlagnahme verschärft die Wohnlage, obwohl darüber noch nicht endgültig entschieden ist und die leise Möglichkeit besteht, die Möbel und Wertgegenstände der Ausgewiesenen frei zu bekommen. Die leise Möglichkeit, sagen wir. Denn es kann durchaus der Fall eintreten, daß die eine Stelle die Freigabe anordnet im selben Moment, in dem die andere Stelle die endgültige Beschlagnahme verfügt. Wir haben ein Nebeneinander- und Aneinandervorbeiregieren bei den einzelnen Befehlshabern, das schon zu den schönsten Einzelfällen geführt hat. Beispielsweise sollte unser Genosse Thomas, Gewerkschaftssekretär für den Mainzer Wirtschaftsbezirk, ausgewiesen werden. Die mit der Uebergabe des Ausweisungsbefehls betrauten Beamten kamen in die Wohnung des Genossen Thomas ohne jede Ahnung von der Tatsache, daß Genosse Thomas seit vier Wochen als Geisels im Gefängnis saß. Dem Genossen Thomas selbst wurde in den letzten Tagen im Gefängnis seine Entlassung täglich in Aussicht gestellt und versichert, daß die Ausweisung zurückgenommen sei. Eines Sonntags Morgens wurde er unvermittelt, ohne jede vorherige Ankündigung, aus dem Gefängnis geholt und ausgewiesen, ohne die Möglichkeit, seine in Mainz wohnende Familie benachrichtigen zu können, ohne sich mit anderer Kleidung und Wäsche versehen zu können als der, die er gerade auf dem Leib hatte. Von der Ausweisung der Familienmitglieder verlaute es zunächst nichts, aber mit der Ausstellung eines Passes wurde die Frau des Genossen Thomas, die ihren Mann besuchen wollte, dauernd hingegeben. Jetzt endlich, nach drei Wochen, ist auch die Frau ausgewiesen. So werden die Leute wochenlang in der fürchterlichsten Ungewißheit gehalten nicht nur über ihr eigenes Schicksal, sondern auch über das Schicksal ihrer Angehörigen und ihres Hausstandes.

So haben die Mainzer Banken beschlossen, ihre Angestellten in französischen Franken zu entlohnen. Dieser Vorgang wird nicht ohne Folgen für andere Betriebe bleiben. Seine Gefährlichkeit ist damit angezeigt. Die weitere Tatsache, daß auch die Regie nur Franken in Zahlung nimmt, daß sie weiter ihre Arbeiter in französischer Währung entlohnt, weist darauf hin, daß wir zu einem Nebeneinander zweier Währungen kommen werden, wie wir es im Saargebiet zeitweise gehabt haben. Daß bei dem derzeitigen Stand der deutschen Währung der Frank auch hier steigen wird, scheint klar.

Paris, 19. Oktober. (U.) Havas meldet aus Düsseldorf, seit gestern hätten sich bei der französisch-belgischen Eisenbahnregie Tausende von Eisenbahnern zur Aufnahme der Arbeit gemeldet: so z. B. in Essen 10 000, in Mainz 6800, in Ludwigsbafen 2000, in Trier 15 000 und in Düren 15 500. Havas schließt daraus, daß man nunmehr den passiven Widerstand der Eisenbahner als gebrochen ansehe.

## Kohlensteuern und Rheinlandkommission.

Koblenz, 19. Oktober. (U.) Ueber die Erhebung der Kohlensteuer in Goldmark hat die Interalliierte Rheinlandkommission unter Teilnahme des Vertreters der italienischen Regierung eine Spezialordnung erlassen, welche damit begründet wird, daß durch den Verfall und die Schwankungen der Mark den Alliierten Verluste entstehen und daß der Kohlenpreis in Goldmark festgesetzt ist. Artikel 1 der Sonderordnung, welche die Nummer 216 trägt, bestimmt, daß die Steuererklärungen, welche die Steuerpflichtigen entsprechend den Spezialordnungen Nr. 180 und 194 abgeben müssen, für die seit dem 17. September getätigten Kohlenverkäufe den Preis für die Kohlen, den Koks und die Braunkohle in Goldmark erhalten müssen. Nach dem Artikel 2 werden die offiziellen Steuereinschätzungen in Goldmark ausgeführt. Artikel 4 bestimmt, daß vom 11. Oktober ab die Kohlensteuer vollständig in Devisen eingezahlt werden muß. Die neue Ordnung ist am 11. Oktober in Kraft getreten.

## Die neue preussische Grundsteuer.

Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtags behandelte am Donnerstag die dringliche Regierungsvorlage über die Erhöhung der Abgabe vom Grundbesitz. Von der Regierung wurden zu der Vorlage mehrere Erklärungen abgegeben:

Staatssekretär Dr. Weber vom Finanzministerium legte zunächst die Notwendigkeit einer sofort vorzunehmenden preussischen Finanzreform dar, von der die Grundsteuer in der neu vorgeschlagenen Form den wichtigsten Bestandteil bilde. Baden, Hessen und andere deutsche Länder seien in der richtigen Erkenntnis, daß die Grundsteuer die Hauptbasis der Staatseinnahmen bleiben müsse, schon Preußen auf diesem Wege vorangegangen. Er verwies zur Frage der Tragbarkeit der Steuer auf die großen Ersparnisse, die die Landwirtschaft durch die Rückzahlung eines großen Teils der alten Goldhypotheken in Papiermark gemacht habe und die sie durch den Zinsfortfall dauernd weiter erziele. Etwas Härten der Steuer sollen im Einzelfall gemildert werden. Der Staatssekretär erklärte ferner, daß an der Einschränkung der Staatsausgaben mit den stärksten Mitteln gearbeitet werde.

Ministerpräsident Baun führte u. a. aus: Wir brauchen sofort eine neue große Einnahmequelle, um den Staatsbetrieb überhaupt aufrecht halten zu können. Die Notwendigkeit der Beschaffung dieser neuen Mittel wird auch von den Gegnern dieser Steuererhöhung anerkannt, die aber leider uns bisher keine andere Deckungsmöglichkeit haben vorschlagen können. Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß die Grundpreise sich im letzten Jahr nach Freigabe der Wirtschaft mehr und mehr an den Friedenspreis angenähert haben. Als Beispiel von der Auswirkung der neuen Steuererhöhung, führte er an, daß ein Grundstück von 100 Morgen, das als grobes Durchschnittsbeispiel genommen, pro Morgen 10 Zentner, insgesamt also 1000 Zentner Roggen ernten solle, nach der neuen Vorlage 3, 60 Goldmark pro 2 Morgen Staatssteuer zu zahlen hätte. Selbst wenn die Gemeinden die ihnen in dem Gesetz eröffnete Möglichkeit bis zum allerletzten ausnützen würden und 200 Proz. Zuschlag auf die Staatsschuld erheben, so würden das nur 540 M. in Gold sein. Das wären nur 67 Proz. vom Rohertrag. Er habe das Vertrauen zur Tatkraft und Intelligenz unserer preussischen Landwirte, daß sie auch diese Steuerlast herauswirtschaften würden. Der Ministerpräsident erkannte an, daß Düngemittel und manche andere Betriebsmittel über den Friedenspreis gestiegen seien und wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß, wenn man vor anderthalb Jahren seine Vorschläge, Getreide aus der Umlage gegen Guthabe auf Düngemittel abzuliefern, angenommen hätte, die Landwirtschaft rechtzeitig ein wertbeständiges Zahlungsmittel erhalten hätte. Mit aller Entschiedenheit erklärte der Ministerpräsident, daß, wenn es nicht dringend nötig wäre, man nicht zur Vorlage dieser neuen Steuer gegriffen hätte, daß es aber kein anderes Mittel zur Aufrechterhaltung des Staatsorganismus gäbe und das jedes Kabinett in Preußen, sei es zusammengesetzt wie es wolle, gezwungen wäre, mit der gleichen Vorlage dieselbe Steuerquelle zu erschließen.

Englischer Kohlenkredit für Deutschland? „Evening Standard“ zufolge sollen nach Deutschland sehr große Kohlenkredite in Höhe von mehreren Millionen Pfund Sterling gegeben worden sein, um ihm zu ermöglichen, über die Wintermonate hinwegzukommen. Diese Kredite seien von einem starken Konsortium von Londoner Banken zum Teil zwecks Verminderung der Arbeitslosigkeit in England gegeben worden.

## Das Brotwunder.

Von RUDOLPH

Wir haben in letzten Jahren vieles als Tatsachen kennen gelernt, an dessen Möglichkeit wir früher nicht geglaubt hätten. So z. B., daß das Gemüse in den Gärten, das Getreide auf den Feldern, die Kartoffeln in der Erde nach dem Dollarstande wachsen. Die Tatsache schien wissenschaftlich unmöglich zu sein, bis ein deutsch-nationaler Gelehrter sie so sicher und treffend begründet hatte, daß man sich wundern muß, wie so man nicht schon längst auf diese Erklärung verfiel. Alle diese Pflanzen wachsen in freier Luft, in der Luft weht ein freier Wind, dieser Wind kommt aus fremden Ländern (ohne Zoll zu bezahlen), hochvalutarischen, streicht über das Getreide, drückt es, wenn der Dollar schlecht steht, nieder oder läßt es bei einer Dollarhaufe hoch, damit es besser wächst. Selbstverständlich ist dieser Vorgang lediglich eine Folge der vermaledeiten Freiheit beim Wind und in der Luft, so daß nicht die armen Bauern, sondern in Wirklichkeit die Sozials und ihr Anhang an den Getreidepreisen schuld sind.

Die Getreidepreise wiederum sind die Ursache der täglich steigenden Brotpreise. Aber hier tritt eine Erscheinung in Kraft, die selbst dieser namhafte Gelehrte nicht erklären konnte, und die man durchaus als ein Wunder bezeichnen muß. Die Materialien zur Herstellung des Brotes; Getreide, Rohle usw. sind von dem Bäcker zu einem bestimmten Preise eingekauft worden; der Lohn der Gesellen wird wöchentlich reguliert — trotz allem verändert sich der Brotpreis, wie die letzte Woche z. B. gelehrt hat, täglich. Dasselbe Brot kostet heute den einen und morgen einen höheren Preis. Man hat als Erklärung für dieses Wunder ein Sympathiegefühl des Brotes zu dem Bäcker angenommen. Es ohnt, daß die Dollarsteigerung alle Rohprodukte beim nächsten Einkauf verlieren wird, und hält seinen Preis so hoch, daß der Bäcker immer die gleiche Menge von Rohprodukten einkaufen kann. Das ist natürlich sehr anständig vom Brot gedacht, und es wäre widersinnig, etwas dagegen einzumenden, wenn es nicht die Dollarkrise gegeben hätte.

Ring Dollar hat so recht Königsläunen. Mitten im schönsten Steigen hält er plötzlich an und geht zurück. Reist nicht für lange, aber doch für genügend Zeit, um das arme, ehrliche Brot in eine äußerst peinliche Lage zu bringen. Denn das Getreide, ja sogar die Kohlen sind so gemein und folgen der rückwärtigen Bewegung des Dollars. Bei den Kohlen ist die Sache allerdings nicht so ganz klar. Die Kohlen haben nämlich eine merkwürdige, ebenfalls wissenschaftlich unerklärte Eigenschaft, sich zu verflüchtigen. An den Tagen der Dollarhaufe liegen ganze Berge von Kohlen bei den Händlern. Man kann mehr davon haben als man Geld hat. Sobald der Dollar fällt, verflüchtigt sich die Kohle. Man kann hunderte Händler abklappern, nicht ein Bröckel ist da. Da kann man die Kohle Baume der armen Menschen verstehen, denen solche Kohlen-

berge über Nacht verschwinden! Dieser Verlust! Und das Publikum ist so rücksichtslos, daß es sich wundern, wenn es von einem Kohlenmann ordentlich ausgefahren wird. Was ist es auch so blöde, ausgezeichnet nach Kohlen zu fragen, wenn sie in Papiermark billiger werden! — Doch theoretisch, auf dem Papier, werden auch die Kohlen billiger. Was soll nun das Brot machen? Auch billiger werden? Das kann kein vernünftiger Mensch verlangen. Denn wenn das Publikum merkt, daß das Brot wirklich billiger werden kann, so wird es die Böden an solchen Tagen stürmen. Der Bäcker wird sein ganzes gutes Brot los und kann dann zusehen, wenn er die Brote an den nächsten Tagen verkaufen soll. Und so geschieht an diesen Tagen das zweite Brotwunder: während der Dollar und die Rohprodukte fallen, bleibt das Brot unbeirrt teuer. Für die wissenschaftliche Erklärung und Begründung dieses Rätsels soll ein hoher Preis ausgefetzt sein.

## Märchenfilme.

Von KARLUS.

Es hat eine Zeit gegeben, wo die Märchenfilme beinahe das Kurzweiligste waren, was auf der Leinwand zappeln sich bewegte. Das mag jetzt zehn, zwölf, fünfzehn Jahre her sein, und der Märchenfilm ist unüberbesselt gründlich vergessen und vernachlässigt — vergessen vom Publikum und von der Filmindustrie. Sichtig kam Neues, Sensationelles, Niedergewesenes — Riesensichtwerke, mehraktige, mehrteilige Filme. Die Zeit war gründlich vorüber, wo sich die Leute allein an den zappelnden, lustigen Bildern auf der Leinwand satt und froh sahen. Da brachte man es aus begründlichen Gründen nicht mehr fertig, die alten kurzweiligen Märchenfilme aufmarschieren zu lassen. Aber zu modernen Märchenfilmen schwang man sich auch nicht auf!

Doch der Berechtigten die Ehre! Wohl machte man mancherlei Versuche zu — Versuchen. Die herrlichen deutschen Volksmärchen sollten lebendig gemacht werden, die armen, verkommenen Märchen, die mehr und mehr in Vergessenheit gerieten. Wer kennt sie überhaupt noch in der Großstadt? Trotzdem wollte man Märchenfilme bringen und brachte sie und da einen steifen, für Kinderlirn unverständlichen Spiel- und Märchenfilm. Er schlug natürlich nicht ein, und das Ende vom Liede war — eine heilige Scheu vor Märchenfilmen.

Der Film von heute nun, vermag er die Märchen zu neuem Leben zu erwecken? Bohnt es sich? Bringt es Gewinn?

Es lohnt sich zweifellos. Natürlich ist es ganz und gar nicht mit dem Märchenfilme von einst getan. Nicht mit Gestalten in phantastischen Gewändern, die beim Schein der Jupiterlampen aufkommen sind und die den peinlichen Eindruck hervorrufen, als seien sie Karnevalsteilnehmer! Da schwindet jede Illusion. Das Kind muß hinzubringen können. Es darf nur schattenhafte Handlung sehen, Halbsinnlichkeit. So etwa muß der Film wirken, wie man Märchen Kindern erzählt: einfach, unaufdringlich. Dann wird der Film Freude bringen. Das ist etwas anderes, Besseres, heiligeres als Nervenkitzel, Belustigung, Befehung.

Zwei Arten Märchenfilme halte ich außer dem Märchenfilm nach wie vor noch für besonders wirksam. Zunächst den Zeichenfilm, den lustigen Schelm, der Jung und Alt höchst ergötzt. Wie könnte gerade er Märchen erzählen! So kraus, so liebreich, so lustig, so verschmitzt! Wie könnte hier die Phantasie schalten und walten! Und würde schließlich noch ein Märchen erzählen oder eine Märchenzählerin die Geschichte vom bösen Wolf erzählen — wie würde da der Film wirken und Freude bereiten!

Die andere Art ist der Puppenfilm. Die Aufnahme einer Puppenoper vorstellung mit lebensgroßen Puppen. Die haben schwarz auf schwarzem Hintergrunde würden verschwinden. Nur die gepöppelten Puppen mühen zu sehen sein mit ihren lustigen Bewegungen. Wenn aber Letzte, dann am besten in Reimen, in deutscher Handschrift, damit die meisten Kinder es zu lesen vermögen.

Eine neue Erdbebenstheorie. Für die Erklärung so ungeheurer Katastrophen, wie des letzten japanischen Erdbebens, bringt der französische Geologe Belot in der Pariser Akademie der Wissenschaften eine neue Erklärung vor. Er behauptet nämlich, daß diese Erdbeben durch das plötzliche Eindringen gewaltiger Wassermengen in die feuerflüssigen Schichten unterhalb der Erdkruste hervorgerufen werden, nicht durch Zusammenziehung der Erdkruste, die man mit einem Aufblähungsprozeß in Zusammenhang bringt. Belot ist der Ansicht, daß die Bewegungen eines vulkanischen Meeresbodens in großen Tiefen wie beim Stillen Ozean, in dem eine Küstenlinie, wie die Japans oder der Westküste Amerikas, wie ein steiler Abgrund abfällt, Risse verursachen. Diese Risse gestalten dem Meere, in große Höhlungen unter der Erdkruste, die mit Dampf gefüllt sind und in denen die Temperatur zwischen 500 und 700 Grad Fahrenheit schwankt, einzudringen. Wenn der Nix auf dem Meeresboden stattfindet, erfolgt der erste Erdstoß. Das Meer strömt dann in die gigantischen Höhlungen hinein und verursacht das eigentliche schwere Erdbeben, wie es jetzt Tokio und Yokohama zerstörte. Zu derselben Zeit verursacht das Einströmen der riesigen Wassermassen in diese Höhlung einen plötzlichen Fall des Meeresspiegels, der sofort durch eine hohe Flutwoge kompensiert wird. Diese Flutwoge kann sich mehrmals wiederholen, bis das Gleichgewicht hergestellt ist und ihre Wirkung dann auf große Entfernungen über die ganze Oberfläche des Ozeans bemerkt werden.

Dr. Sobu Wiener spricht auf Einladung der Volksbühne am Sonnabend, abends 7½ Uhr im Kunstgaleriebau über „Der Rüstler und sein Werk“. Karten am Saalengang. — Freitag, den 19. Okt. hält Bruno S. Bärger in der Musikschule, Hardenbergstr. einen Bildervortrag über das Thema „Im Unendlichen“.

Die Große Volksoper hat das alleinige Aufführungsrecht der drei hindemittelbaren Gattungen: Ruch-Ruch, Sancta Susanna, Räder, Hoffnung der Frauen erworben. Sie werden im Frühjahr 1924 in Szene geben. Der Publikumsposten Hamburg, der seit dem 17. April täglich vertriebt, hat dieser Tage eine erfolgreiche Saison zum Abschluß gebracht. Kein einziger Unzufriedenheit ist eingetreten. Dies ist eines der besten Resultate aller europäischen Linien. Die zurückgelegte Entfernung betrug 90 000 Kilometer, die Zahl der Passagiere 244.

## Die Tarifpolitik der Reichsbahn.

### Eine Begründung des Reichsverkehrsministers.

Ein Vertreter des VTB, befragte den Reichsverkehrsminister nach seiner Tarifpolitik und Finanzgebarung im Rahmen der Absichten der Reichsregierung.

Reichsverkehrsminister Deser. führte dazu ungefähr folgendes aus:

Ich verkenne durchaus nicht den Druck, der auf das Wirtschaftsleben zumal in unserer heutigen Lage durch die Eisenbahntarife ausgeübt wird. Aber bei der Beurteilung der neuen Schlüsselzahlen der Eisenbahntarife darf man nicht ausschließlich von Erhöhungen reden. Denn diese Erhöhungen sind doch zur Hauptsache nur die durch die finanzielle Not erzwungene Anpassung der Eisenbahntarife an den sinkenden Wert des Geldes. Wenn die Tarife mit der zunehmenden Teuerung sich immer härter fühlbar machen, so drückt sich auch hierin nur die zunehmende

### Bedrängnis des deutschen Wirtschaftslebens

aus. Die Reichsbahn ist ein Betriebsunternehmen wie andere industrielle Unternehmen auch, sie muß ihr Personal entsprechend der allgemeinen Teuerung besolden und zur Beschaffung von Rohstoffen, Eisen usw. die Preise erlegen, die von den erzeugenden Industrien gestellt werden. Wenn sie davon absehen würde, ihre Ausgaben durch Einnahmen in Gestalt einigermaßen auskömmlicher Tarife zu decken, so würde sie es damit der roten Presse überlassen, für Deckung zu sorgen, und durch Vermehrung dieser reinsten Inflation alle Versuche, die Währung zu sanieren, von vornherein unmöglich machen. Voraussetzung für eine Gesundung der Reichsfinanzen ist, daß

### die Betriebe des Reiches sich selbst erhalten.

Als die letzte Erhöhung der Schlüsselzahl beschlossen wurde, galt es, den Ausgleich für einen ungedeckten Ausgabenbedarf für den Schlüssel des Rechnungsjahres von 545 000 Millionen Mark zu schaffen; wären die Tarife nicht erhöht worden, so wäre eine Erhöhung der Reichsbahnabhebungen bei der Reichshauptkasse täglich — wirklich täglich! — um 3400 Millionen Mark die Folge gewesen. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß eine Abdeckung für die Kosten des Ruhrstreiks noch nicht erfolgt und daß Reserven irgendwelcher Art seit 1919 von der Eisenbahnerverwaltung nicht angesammelt werden konnten. Im Vergleich mit den Kosten der Materialien, deren die Reichsbahn zur Ausführung des Betriebes bedarf, bleiben die Schlüsselzahlen der Eisenbahntarife hinter den Teuerungsziffern der Materialien durchweg beträchtlich zurück. Zwar hat die Herabsetzung der deutschen Kohlenpreise verhältnismäßig eingewirkt; sie konnte aber deshalb nur von geringem Einfluß sein, weil die Reichsbahn infolge der nach wie vor unverändert bestehenden Abschließung des Ruhrgebietes ganz überwiegend

### auf ausländische Kohlen angewiesen

bleibt. Der Durchschnittspreis für deutsche Kohle der Reichsbahn, der sich mit den für englische Kohle zurzeit ungefähr deckt, beträgt heute das 4,2-milliardenfache des Friedens. Schienen und Stabstahl nähern sich den 4-milliardenfachen, während die Gütertarife heute noch auf der Hälfte dieser Steigerung stehen. Darüber ist sich die Reichsbahn klar, daß die mechanische Ausgleichung der Einnahmen an den Geldwert allein und auf die Dauer zu einer Gesundung nicht führen kann. Auf der Ausgabe Seite müssen durchgreifende Umstellungen erfolgen, für die bereits grundlegende Vorarbeiten vorliegen. Der technische Apparat muß sich auf den durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht durch die „Tariferhöhungen“, verursachten Verkehrsrückgang einstellen. Neben dem bevorstehenden Personalabbau müssen einschneidende Herabsetzungen der Leistungen im Personenverkehr und höchste Wirtschaftlichkeit im Güterverkehr, unter Ausnutzung aller Errungenschaften neuzeitlicher Technik, helfen, die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Auf diesem Wege wird es der Reichsbahn möglich werden, den Druck, der auf dem deutschen Wirtschaftsleben durch auf dem Selbstkostenprinzip beruhende Tarife lastet, herabzumindern. Das soll, nachdem das Ermächtigungsgesetz auch dafür gewisse Erleichterungen geschaffen hat, ohne Verzug geschehen. Ich bitte aber zu beachten, daß die Reichsbahn durch die Erhöhung ihres Multiplikators an sich keine Vorteile einheimt, sondern lediglich den schweren Nachteil der Geldentwertung teilweise ausstreicht.

Wenn Sie fragen, wie es sich mit den Kartoffeltransporten verhält, so kann ich darauf verweisen, daß die Reichsbahn die Kartoffeln als eines der Hauptnahrungsmittel zu einem Viertel der regulären Fracht — das heißt unter den eigentlichen Selbstkosten — befördert. Die Kartoffelpreise sind in kurzer Zeit von etwa 70 Millionen Mark auf über 2 Milliarden je Zentner gestiegen, zur Hauptsache in einer Periode, in der unser Multiplikator unverändert war.

## Der Abbau der Reichsausgaben.

### Beschränkung der Entschädigungsansprüche.

Angeht die überaus schwierige Lage der Reichsfinanzen hat die Reichsregierung sich gedrängt gesehen, auch in Hinblick auf die Abhebung von Sachschäden Entschädigungen einzutreten zu lassen. Als eine der nach dieser Richtung geplanten Maßnahmen ist beschlossen worden, noch nicht vorgenommene Anmeldungen von Schäden, die aus Anlaß der Besetzung des Ruhrgebietes entstanden sind und nach den bisherigen Bestimmungen im Verwaltungswege (Sonderverfahren) abzuwickeln wären, nur dann noch zu berücksichtigen, wenn sie für die bis einschließlich 28. September 1923 eingetretenen Schäden bis zum 31. Oktober 1923, für die später eingetretenen Schäden bis zum 30. November 1923 bei den Feststellungsbehörden oder dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete, Berlin W. 9, Leipziger Platz 17, eingereicht werden. Für Schäden, die nach dem 31. Oktober 1923 entstehen, kann eine Vergütung nicht mehr geleistet werden.

## Arbeit für Poincaré.

Der im Auftrage des Französischen Pressedienstes in Düsseldorf erscheinende „Nachrichtendienst“ knüpft an die letzten Vorgänge im Deutschen Reich folgende Bemerkungen:

Wir müssen geduldig und wachsam bleiben. Allmählich werden wir den Lohn für unsere Ausdauer ernten. So hat der General Degoutte nach glatter Ablehnung der langen Reihe der von Stinnes gestellten Bedingungen mit anderen sehr bedeutenden Gruppen zu welcher die Fäden „Hönlig“ und „Abenische Stahlwerke“ (der sog. Otto-Wolff-Konzern. Ann. d. Red.) gehören, ein Abkommen für die Wiederaufnahme der Arbeit schließen können, welches unsere Bedingungen vom 11. Januar in seiner Weise abändert. Jeglicher Widerstand wird allmählich aufhören. Lassen wir die Deutschen sich ruhig in München und in Berlin herumstreifen. Wir müssen nur vermeiden, uns mit ihnen zu solidarisieren und unerschütterlich unseren Weg fortsetzen.

Die Ausführungen zeigen unzweifelhaft, daß die Kreise um Ruhr und die Schwerindustriellen separatistische Arbeit für Poincaré leisten, wenn sie gegen die Reichsregierung arbeiten.

## Die Zugvögel.

Hinter einer Fabrik, weit draußen vor der Stadt liegen Haufen von Schlacken, die doch noch manches Brennbares enthalten. Vom Feuer nur halb verzehrte Kohlenstücke, Heizkraft für die Deisen der armen Leute. Mit allen Möglichkeiten, oft fast unmöglichen Werkzeugen mühen sie in dem Haufen, legen Stück und Stück der mageren Kohle in Riepen und Säcke, tagaus, tagein. Immer sieht man diese Leute, wie sie den Blick nach unten gerichtet, in dem gelbbraunschwarzen Schlackenhaufen schaffern. Ihre Augen müssen einfach nur den Boden und immer nur den Boden suchen. Wie sollte ihr Blick sich frei erheben können, wo doch die Erde sie mit ihren Schätzen so sorgfältig bedeckt hat. Jetzt aber standen sie alle — ohne Ausnahme und blickten in die Luft, steil auf, gerade dorthin, wo uns das Himmelsgewölbe am höchsten scheint. Eine seltsame Erregung war in einigen dieser abgehärmten Gesichter. Welch seltsames Ereignis zwang ihre Blicke empor in das Blaugraue des herbstlichen Morgens? Dort oben hoch über aller Erdenqual zogen in glänzendem Schwadefuge Vögel, Zugvögel, die den unwirtlichen Norden mit einem besseren Land vertauschen wollten! Die Augen der Leute gingen mit jeder Bewegung des Schwadefuges mit, eine unsichtbare Kette verband den Vogelzug dort oben in der Luft mit den armen Menschen hier unten. Und diese Menschen, die zu jenem Geschlecht gehören, das das mächtigste sein soll auf der Erde, fühlten sich arm, gebunden, ohnmächtig. Die Sehnsucht sprang in ihnen auf, den Vögeln gleich fortziehen zu können aus diesem unwirtlichen, sterbenden Land, das zerpfückt und zerlegt wird von den Haspelern der Schieber und Buhnerer, dem Land, das ihre Arbeitskraft brachliegen läßt und sie mißachtet.

Die Vögel entwandten den Blicken nur zu schnell. Langsam, ganz langsam gingen die Leute wieder an, in dem elenden Schlackenhaufen zu graben. Nur einer stand und sah noch immer auf jene Stelle, an der der Vogelzug verschwunden war. Dann wandte er sich langsam, traurig ab, nahm seinen Spaten und stieß ihn plötzlich in die harte Scholle. „Es ist ja Unsinn“, sagte er, „unserer kommt hier ja doch nicht weg.“

## Was kostet das Essen der Volksspeisung.

Am 18. Oktober morgens veröffentlichte der „Vorwärts“ eine durch das Nachrichtenamt des Magistrats am 17. Oktober den Zeitungen überfandene Mitteilung des städtischen Ausschusses für Volksspeisung, der die minderbemittelte Bevölkerung auf die Speisenausgabestellen hinwies. In dieser amtlichen Mitteilung, die gleichlautend allen Zeitungen zugegangen war und auch von den meisten Zeitungen wiedergegeben wurde, stand zu lesen, daß der Preis für eine ganze Speiseportion zurzeit 11 200 000 M. sei. Wir werden jetzt von anderer Seite darauf aufmerksam gemacht, daß die Portion schon vom 15. Oktober ab 16 800 000 M. kostete, vom 19. Oktober ab 72 Millionen Mark kostet und vom 22. Oktober ab sogar 140 Millionen Mark kosten wird. Es ist doch ein Skandal, daß durch amtliche Mitteilungen, deren Kontrolle leider den Zeitungen nicht möglich ist, irreführende Angaben verbreitet werden. Kann man sich da wundern, daß die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Einrichtungen der Stadt und den Maßregeln der Stadtverwaltung nicht ab-, sondern zunimmt? Ohne dies wird durch jede Erhöhung des Speisepreises, die der neuen Kostensteigerung folgt, immer wieder unter den Minderbemittelten starke Erregung hervorgerufen und vielen die Speisenehmer unendlich gemacht. Wenn aber die amtliche Mitteilung — wohl gemerkt: die amtliche! — einen geringeren Preis angibt als den tatsächlich festgesetzten und in den Speisenausgabestellen geforderten, dann ist es begreiflich, daß in den Ausgabestellen die Enttäufung der auf einen so hohen Preis nicht vorbereiteten hungernden sich in heftigen Worten Luft macht. Bei solchen Austritten muß leider das Personal, das in den Ausgabestellen tätig ist, sich die Grabbeulen lassen, während die Schädigen an ganz anderer Stelle sitzen.

## Wieder höhere Verkehrstarife.

Die Straßenbahn wird von morgen ab ihre Fahrpreise wieder erhöhen. Es werden kosten: ein Linienfahrkarte 100 Millionen, ein Kinderfahrkarte 50 Millionen, ein Hochbahnfahrkarte 150 Millionen. Die Preise für Monatskarten werden entsprechend erhöht.

Auch die Hochbahn wird von morgen ab erhöhen und folgende Fahrpreise erheben: bis zum 5. Bahnhof 3. Klasse 60 Millionen, 2. Klasse 80 Millionen, die ganze Strecke 3. Klasse 100 Millionen, 2. Klasse 120 Millionen. Hods zu 10 Karten bis zum 5. Bahnhof 3. Klasse 500 Millionen, 2. Klasse 670 Millionen, für die ganze Strecke 3. Klasse 830 Millionen, 2. Klasse 1000 Millionen. Bodenarten zu 12 Bahnen für die ganze Strecke 3. Klasse 830 Millionen, 2. Klasse 1000 Millionen.

Die Omnibusgesellschaft erhebt von morgen ab für die Leitstrecke 100 Millionen, für die ganze Fahrt 120 Millionen.

Die Stadtbahn verleiht erst von Montag ab. Die Tarife werden verdoppelt. Eine Fahrt in der ersten Zone wird demnach 100 Millionen in der dritten Klasse kosten.

## Eine Blinden-Arbeitsstelle.

Um ihre Blinden in gewerblichen Arbeiten auszubilden und Gelegenheit zu dauerndem Verdienst zu geben, haben die städtischen Behörden in der Beschäftigungsanstalt Dranienstr. 26 eine Arbeitsstelle geschaffen, die gegenwärtig über 200 Blinden Arbeitsgelegenheit bietet. Die Anstalt ist modern eingerichtet; hauptsächlich wird die Stuhlflächerei, die Bürstenbinderei und Korbschleierei betrieben. In erster Linie sind die städtischen Betriebe gehalten, ihren Bedarf der Beschäftigungsanstalt zu entnehmen. Der städtische Betrieb reicht aber nicht aus, die Blinden voll zu beschäftigen; insbesondere fehlt es der Stuhlflächerei an Arbeit. Die Frage, wie den Blinden ausreichende lohnende Beschäftigung gesichert werden kann, hat die Verwaltungsinstante eingehend beschäftigt. Man war der Ansicht, daß es nur einer Wohnung an die Öffentlichkeit bedürfe, der Anstalt Aufträge, vor allem Stuhlflächearbeiten, im ausreichendem Maße zuzuwenden. Um diesen Zweck zu erreichen, sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Anstalt, Dranienstr. 26, ein großes Lager in Strahlen- und Stubendelen, Handsegen und Bürsten jeder Art vorrätig und auf Lager hat. Körbe und Emballagen werden nach Muster angefertigt. Stühle zum Flechten werden abgeholt und zurückgebracht. Ebenso sind Hänge- und Ruhmaten in Auswahl vorhanden. Zu jeder gewünschten Auskunft ist die Geschäftsleitung stets bereit. Adresse: Städtische Blinden-Beschäftigungsanstalt, Dranienstraße 26, Telefon No. 266.)

## Gefangentransport auf offener Straße.

In Spandau befindet sich ein Strafgefängnis, in dem wohl nur keine Uebeltäter, Leute mit einer geringen Gefängnisstrafe, untergebracht sind. Jeden Tag zweimal läßt sich beobachten, wie Leute aus diesem Gefängnis, manchmal im blauen Gefängnisanzug, manchmal auch in Zivil, von Schupo-Beamten oder auch von Transporteuren durch ganz Spandau geführt werden, wohl um irgendwo auf der Polizei oder vor Gericht vernommen zu werden. Manchem dieser armen Teufel, die vor den Augen aller Straßensportler Revue passieren müssen, sieht man es deutlich an, wie furchtbar peinlich ihnen dieser Gang zwischen gaffenden Menschen ist, besonders wenn ein Rudel Schulkinder nebenher läuft. Es ist dringend zu wünschen, daß diese Art des Gefangentransports abgeschafft und daß auch hier ein Gefangenenwagen errichtet wird.

## Große Banden-Aushebungen.

### 40 Personen verhaftet.

Zwei große Diebesbanden wurden von der Kriminalpolizei nach langwierigen Beobachtungen und Ermittlungen entlarvt und unschädlich gemacht. Beide waren wohl organisiert. Die eine stahl in der Provinz, die andere in Berlin selbst.

An der Spitze der ersten stand ein kerlhafter Einbrecher: Otto Dragstein, genannt Vincenz-Otto. Dragstein hatte engste Verbindung mit einem Einbrecher Spindler in Chemnitz, der dort seine Leute an der Hand hatte. Die Spindler'sche Bande „arbeitete“ hauptsächlich im Industriebezirk von Chemnitz, Reichenbach, Plauen usw., beschränkte sich aber im wesentlichen auf die Ausraubung von Belegenheiten zu Einbrüchen und Diebstählen. Hierbei war es namentlich auf Seide, Stoffe, Schreibmaschinen und Zigarren abgesehen. Die Ausführung übernahm Dragstein mit seiner Berliner Kolonne. Der Berliner und Chemnitzer Kriminalpolizei gelang es jetzt, das ganze Treiben aufzudecken und die Gesellschaft, im ganzen 25 Personen, die Billionenwerte erbeutet hat, hinter Schloß und Riegel zu bringen. — Ebenso gut organisiert war die zweite Bande, die aus vier „schweren Jungen“ unter Leitung eines gewissen Hermann Rohde bestand und als Spezialität den Einbruch in Lebensmittel- und Feinkostgeschäfte betrieb. Die Leute ließ Rohde durch ein Mietsfuhrwerk aus Losdorf abholen und zu einem Schenkwirt in der Gegend der Waltersdorfer Schleuse bringen. So war das gestohlene Gut zunächst einmal aus Berlin verschwand. Von Waltersdorfer Schleuse wurden die Waren zu geeigneter Zeit nach Berlin in den Kleinhandel gebracht. Jetzt wurde auch sie gesprengt und, im ganzen 12 Einbrecher und Helfer, hinter Schloß und Riegel gesetzt.

## Die Postdiebe von Wilmersdorf.

Nach Beendigung der Vernehmung der Angeklagten wurde im Laufe der gestrigen Sitzung mit der Vernehmung der Zeugen begonnen. Postdirektor Müller von der Ueberwachungsstelle, der die Maßnahmen zur Aufdeckung der Diebstähle geführt hatte, wurde von dem Vorsitzenden Landgerichtsrat Buddenberg besonders eingehend befragt. Dabei legte der Verhandlungsleiter besonderen Wert auf die Aufhellung der befremdlichen und unverständlichen Tatsache, daß, wie er sagte, „drei Jahre lang in dieser haarsträubenden Weise auf einem Postamt, an dessen Spitze sogar ein Oberpostdirektor stand, die Räuberbanden vor sich gehen konnten, ohne daß energisch eingeschritten worden ist“.

Der Zeuge Müller bemüht sich den Nachweis zu erbringen, daß die Kontrolle einwandfrei geführt worden sei. Auf den Einwurf des Vorsitzenden, daß doch Beschwerden über die Diebstähle fortgesetzt eingelaufen seien, und daß man sich doch fragen müßte, daß etwas nicht in Ordnung war, meinte der Zeuge: In der Zeit nach dem Krige ging im ganzen Reich alles drunter und drüber. Wenn ein Paket bestohlen wurde, brauchte es doch noch nicht beim Postamt Wilmersdorf geschehen sein. Der Zeuge antwortete immer wieder, daß ein Verschulden der Amtsleitung nicht vorliege. — Als nächster Zeuge wurde Oberpostdirektor a. D. Riedel vernommen, der vom 1. September 1919 bis zum 7. Februar 1922 Leiter des Postamts Wilmersdorf war. Auch dieser bestritt, daß die Diebstähle auf eine mangelhafte Aufsicht der Leitung zurückzuführen seien. — R. A. Dr. Frey: Was nehmen Sie als Grund für die in Ihrem Amt scheinbar vorhandene Massenpsychose zu Veruntreuung an? — Zeuge Riedel: Die allgemeinen Zeitverhältnisse. — Direktor Buddenberg: War der Betriebsrat allmächtig und mußten Sie sich demselben fügen? — Zeuge: Keineswegs. Die Beamten mußten, daß es bei mir heißt: Wer sich nicht fügt, heißt auf Granit. Ich habe schwere Strofen angedroht. Die oberen Beamten haben nicht unter dem Einfluß des Betriebsrats und der Ausschüsse gestanden. — Nach weiteren Zeugenvernehmungen wurde die Verhandlung vertagt.

## Die T-Mark in der Sparkasse.

In Ansehung an die Maßnahmen des Reichsbankdirektoriums und die Bereinigung von Berliner Banken und Bankiers wird auch, wie der Vorstand der Sparkasse der Stadt Berlin mitteilt, im Betriebe der Sparkasse der Stadt Berlin vom 15. Oktober 1923 ab die T-Mark eingeführt. — Schecks, Ueberweisungsaufträge, Wechsel usw. sind von diesem Tage an unter Fortfall der drei letzten Nullen auszustellen. Schecks und Aufträge, welche den vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechen, können zurückgewiesen werden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenzeitschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Ein Telefongespräch 50 Millionen. Die Gebühr für ein Dringgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus beträgt ab 20. Oktober 50 Millionen Mark. Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer werden erhoben: bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometer einkreislich 50 Millionen Mark, bei einer Entfernung von mehr als 5 Kilometer bis 15 Kilometer 100 Millionen Mark, bei einer Entfernung von mehr als 15 Kilometer bis 25 Kilometer 150 Millionen Mark, bei einer Entfernung von mehr als 25 Kilometer bis 50 Kilometer 300 Millionen Mark, bei einer Entfernung von mehr als 50 Kilometer bis 100 Kilometer 450 Millionen Mark, darüber für jede angefangene 100 Kilometer mehr 150 Millionen Mark. Für dringende Gespräche das Dreifache, für Büßgespräche das Hundertfache der Gesprächsgebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch. — Im Telegrammverkehr sind die wichtigsten Gebühren vom 20. Oktober an: für Ferntelegramme Grundgebühr 80 Millionen Mark und außerdem für jedes Wort 40 Millionen Mark, für Dreitelegramme Grundgebühr 40 Millionen Mark und außerdem für jedes Wort 20 Millionen Mark.

Zu dem Mordmord in der Dudenarder Straße wird mitgeteilt, daß der flüchtige Schaper trotz aller Nachforschungen der Kriminalpolizei noch nicht ermittelt ist. Man rednet auch damit, daß er Selbstmord begangen hat, nachdem ihm klar geworden ist, was er angerichtet hat.

Der Sturz aus dem einfallenden Zug. Am Donnerstagabend, 7.25 Uhr, fiel auf der Ueberführung der Kaiser-Friedrich-Straße aus dem einfallenden Zug 1834 die Köchin Dina Grefer, wohnhaft Berlin, Strausberger Straße 26, und fiel eine Gehirnerschütterung und Verletzungen an Kopf, Arm und Bein zu. Sie wurde mittels Krankenwagens nach dem Urban-Krankenhaus gebracht.

Die Beiträge zur Invalidenversicherung sind durch Veranordnung des Reichsarbeitsministers von neuem vergrößert worden, so daß das Hundertfache des aufgedruckten Wertes dafür zu zahlen ist. Die neuen Beiträge gelten vom 22. Oktober 1923 ab. Bis Sonnabend, den 20. Oktober, hat das Publikum noch Gelegenheit, die Marken zum zehnjährigen Betrage des Rentwertes bei den Postämtern zu kaufen.

Eine alte Kämpferin der Partei, die Genossin Louise Reichelt (121. Jhr.), ist, 61 Jahre alt, gestorben. Wenn auch Louise Reichelt im öffentlichen Leben nicht besonders hervorgetreten ist, so dürfte doch allen älteren Genossen, die in den 90er Jahren in der Agitation standen, ihre mutige Persönlichkeit noch in Erinnerung sein. Die Einäscherung findet Sonnabend nachmittags 3 Uhr im Krematorium Baumgartenweg statt.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. In der Nacht zu Sonnabend etwas Regen, dann veränderliche Bewölkung, etwas höhere Nacht-, aber niedrigere Tagstemperatur, ausströmende südliche bis südwestliche Winde.

### Der Gasverbrauch der Unbemittelten.

Nach dem neuesten Magistratsbeschluss kann bei der Einführung des für zwei Wochen fälligen Kostenbetrages für Gas und Strom ein Vorstoß bis zur Hälfte dieses Betrages für die nächste Abrechnungsperiode als wertbefreiend gegolten werden. Das ist also die gleiche Art der Vorauszahlung, wie sie einige Wochen hindurch ohne Mitwirkung der Kassierer angenommen wurde, was sich bekanntlich bald als undurchführbar herausgestellt hatte. Von dem neuen Vorstoßsystem werden voraussichtlich fast alle bemittelten Verbraucher Gebrauch machen. Was aber machen die Unbemittelten, insbesondere die vielen Erwerbslosen, denen es schon außerordentlich schwer oder oft unmöglich ist, die fällige Rechnung zu begleichen? Weshalb muß überhaupt der nachweisbar minderbemittelte das Gas zur Herriedung karglichster Mäßigkeit genau so teuer bezahlen wie der Wohlhabendste? Allen diesen minderbemittelten war schon früher die Vorauszahlung nicht möglich. Bei den jetzigen Gas- und Strompreisen wird es noch weniger möglich sein. Die Folge ist, daß die Schwachverdiener, wie bisher schon bei Teilerhebungen auf den fälligen Betrag, Gas und Strom bedeutend teurer bezahlen müssen als die Wohlverdiener. Mit anderen Worten: Die Einführung der Gutscheine ist nur wieder eine Prämie für die Zahlungsfähigen. Die Zahlungsschwachen können sich zwar an die Wohlfahrtsämter wenden, aber das macht nur Arbeit und neue Verwaltungskosten. Was das Wohlfahrtsamt zahlt, kommt ja aus dem gleichen großen Topf, in den die Gesamtzahlungen für Gas und Strom fließen.

### Onkel und Nefte.

Einem guten Gang machten Kriminalbeamte auf dem Stettiner Bahnhof. Hier fiel ihnen ein älterer Mann auf, der mit einem jungen Burschen aus der Provinz kam. Die beiden schleppten sich mit einem schweren Koffer, aus dem Blut her-auströpfte. Die Beamten vermuteten, es mit Geflügel-dieben zu tun zu haben und fanden ihren Verdacht auch bald bestätigt. Der Sach enthält 21 Hühner und 2 Puten, die alle frisch geschlachtet waren. Die beiden wurden verhaftet und als ein gewisser Kraach und sein Nefte festgestellt. Die sich seit längerer Zeit wohnungslos in Berlin aufhalten. Von hier aus unternahm er ständig Fahrten in die Provinz, um Geflügel zu stehlen. Bei der letzten Fahrt hatten sie einen Geflügel bei Neustettin den ganzen Stall ausgeräumt.

### Der Verband Volksgesundheit.

Seit Jahren ist die organisierte Arbeiterschaft bemüht, den bürgerlichen Sport- und Kulturorganisationen eigene proletarische entgegenzusetzen. Trägern sind noch viele Genossen Mitglieder bürgerlicher, sogenannter neutraler Vereine für Naturheilkunde, Homöopathie, Biochemie, Lebensreform usw. Sie vergessen dabei oft die sozialen Zusammenhänge. Die sozialen Krankheitsursachen und Heilmittel. Der Besigende kann sich weit mehr Gesundheitspflege leisten als der Proletarier, dem im schicksallosen Kampf ums Dasein noch vielfach die Möglichkeit fehlt, gesundheitsgemäß zu leben. Freilich kann auch der einzelne persönlich schon heute für seine Gesundheit vieles tun oder vernachlässigen. Eine Organisation wie der Verband Volksgesundheit, die Zentralorganisation der Arbeitervereine für Gesundheitspflege, Heilkunde, Lebensreform ist also unentbehrlich. Der Verband fördert ein richtiges Verhältnis zur Natur, ist mit den großen Arbeiterparteiverbänden kartelliert, übers Reich in Ortsvereine und Gauen gegliedert. Der Sitz ist Dresden-R. Große Klosterstraße 8. Da die Bewegung in Norddeutschland noch verhältnismäßig wenig verbreitet ist, mögen besonders auch die Groß-Berliner Genossen dafür sorgen, daß vor hinter dem Reich nicht zurückbleiben. Der Berliner Ortsverein tagt jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, Niederwallstr. 12. Vorsitzender Gen. Hans Gutthoff, Belehler Str. 48c. — Unser Neustädter Naturheilverein E. B. entfaltet besonders reges Leben in seinem Lustbad Karlsgrabenstraße. Vorsitzender Gen. Wilhelm Kuhl, Hermannstr. 176 I. Gauleiter für den Gau Berlin-Brandenburg ist Hermann Hauptmann, Berlin SO., Reichsstraße 19 IV.

Der Dolchstoß gegen die Republik. Die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Republikanischen Reichsbundes und die ihr angeschlossenen Kulturverbände rufen zu einer großen republikanischen Organelfeier auf, die in dem riesigen Raum der Alhambra am Moritzplatz am kommenden Sonntag, den 21. Oktober, vormittags um 11 Uhr, stattfinden soll. In einem, durch Kunstkonzert und Regalitionen erster Berliner Schauspieler gebildeten Rahmen, werden zu dem Vorstoß der wirtschaftlichen und politischen Reaktion gegen die Republik bekannte Republikaner aller Parteirichtungen das Wort ergreifen.

Die polnischen Enteignungsschäden. Deutsche, welche durch polnische Liquidations- und Enteignungsmaßnahmen geschädigt bzw. ungenügend entschädigt wurden, sollen sich unverzüglich an die Abteilung IV, Polen, des Auswärtigen Amtes, Berlin, Wilhelmstraße 74, wenden, da die Frist für Einreichung der Klagen vor dem deutsch-polnischen Schiedsgericht in Paris bald abläuft.

Bei einem verdächtigen Handel mit Wäsche wurde eine Frau aus der Bergmannstraße erwischt. Sie verkaufte in der Schönhauser Straße und Kneipen der Nachbarhaft feil und fand ständigen Absatz bei Prostituierten. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß ihre Ware aus Einbrüchen herrührt. Bei einer Durchsuchung der Wohnung fanden die Beamten die Spindeln noch wohlgefüllt und beschlagnahmten alles. Die unbekanntem Eigentümer können sich die Wäsche, die v. S., R. L., K. G., B. S. 2, u. G. und v. d. St. gezeichnet ist, im Zimmer 70 des Polizeipräsidiums ansehen.

Für die Ausrüstung der Arbeitslosen stiftete die Butterhandlung „Drei Sterne“ 5 000 000 000 Mk.

## Gewerkschaftsbewegung

### Der Weg zur Produktionssteigerung.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat den Charakter einer Katastrophe angenommen. Ueber die Ursachen dieser Arbeitslosigkeit kann heute eine Meinungsverschiedenheit nicht mehr bestehen. Es gab eine Zeit, wo man in Unternehmerkreisen des Handels und der Industrie der Ansicht war, die Produktion wie die deutsche Wirtschaft überhaupt könne gefördert werden durch eine Forcierung der Ausfuhr.

Diese Steigerung der Ausfuhr suchte man nicht etwa durch die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der Betriebe herbeizuführen; das würde von den Betriebsleitungen erhebliche Anstrengungen erfordert haben. Die Betriebe können ihre Konkurrenzfähigkeit nur steigern, wenn sie 1. über einen Stamm hochqualifizierter, gutbezahlter Arbeiter verfügen; 2. die technischen Einrichtungen auf der Höhe halten; 3. den Verkauf ausbauen und, last but not least, beim Einkauf der Rohstoffe und beim Verkauf an die letzten Verbraucher die Zwischenglieder möglichst ausschalten.

Diese Voraussetzungen der Konkurrenzfähigkeit erfordern aber ein unausgesetztes Arbeiten, eine ständige Konzentration aller geistigen Kräfte der Betriebsleitungen, die alle gerichtet sein müssen auf das eine Ziel: Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit.

Es liegt auf der Hand, daß nach dem Kriege und nach der Revolution eine derartige Produktions- und Wirtschaftspolitik nur mit der Arbeiterschaft gemacht werden konnte und auch heute noch — darüber mögen sich die Unternehmer keinerlei Täuschung hingeben — nur möglich ist, wenn die Arbeiterschaft mit dem Herzen und dem Verstande dabei mithilft. Aber gerade davon wollen die Unternehmer in ihrer großen Mehrheit nichts wissen. Sie wollen in allen Stücken „selbständig disponieren“, nicht nur, wie das vor dem Kriege der Fall war, im Aufsuchen von Absatzmärkten und Rohstoffquellen, auch innerhalb der Betriebe wollen sie die „alte Ordnung“ wiederherstellen. Aber so, wie sich die Unternehmer diese alte Ordnung heute vorstellen, hat sie in Wirklichkeit nie bestanden. Denn diese „alte Ordnung“ hatte zur Voraussetzung auch geordnete wirtschaftliche Zustände, soweit dies innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überhaupt möglich ist, zur Basis einen festgefügten autoritären Staat und zu Trägern eine herrschende Klasse, deren politische Fähigkeiten noch wenig angezweifelt waren — unbeschadet der politischen Gegensätze, die auch damals schon bestanden. Die Arbeiterschaft fand sich mit den Zuständen ab, unter dem Vorbehalt eines Kampfes auf lange Sicht.

Inzwischen ist der autoritäre Staat durch die Unfähigkeit seiner Träger zusammengebrochen. Diese Unfähigkeit liegt so klar zutage, daß sie auch nicht von der Bourgeoisie bestritten wird. Unsere Wirtschaft ist gleichfalls zusammengebrochen, und zwar durch die kurzfristige Gewinnlust der Bourgeoisie selbst. Wie kann man unter diesen Umständen erwarten, daß die Arbeiterschaft sich der Autorität der Bourgeoisie unterordnen wird, die selbst weder den Mut und die Einsicht hatte, den Zusammenbruch des alten Staates zu verhindern, noch die Fähigkeit besitzt, die Wirtschaft aufzubauen! Wie kann man erwarten, die Arbeiterschaft werde sich in wirtschaftliche Verhältnisse einfügen, die ihr noch nicht einmal vor heute auf morgen eine Existenzsicherheit gewährleisten!

Es ist also mindestens eine Utopie der Unternehmer, zu glauben, sie könnten wieder ihre Zwangsherrschaft aufrechten und mit ihr eine gesteigerte Produktion hervorbringen, vornehmlich, indem die Arbeitszeit verlängert wird. Diese utopische Unternehmersauffassung ist weiter nichts als ein verzweifelter Versuch von Bankrotteuren, ihren Bankrott aufzuhalten.

Bankrott gemacht hat das System der Spekulation auf die Werteminderung, der Inflationsteuer, der Forcierung der Ausfuhr auf Kosten des Inlandsverbrauchs. Das Ausland kann auf die Dauer nur in dem Maße von uns kaufen, in dem wir von ihm kaufen. Aller Handel ist ein Kaufgeschäft. Wie es sich mit dem Außenhandel verhält, so liegen auch die Dinge im Inlande. Die Landwirtschaft konnte sich eine Zeitlang auf Kosten der städtischen Bevölkerung bereichern. Nun hat auch diese Ausplünderung der städtischen Verbraucher an der Ueberlieferung der Industrieprodukte und an der Inflation ihre Grenze gefunden.

Aus diesem wirtschaftlichen Chaos, das unmöglich so fortbauern kann, gibt es nur einen Ausweg: die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der Betriebe mit den eingangs erwähnten Mitteln, gestützt auf die Mitarbeit der Arbeiterschaft. Jeder andere Weg führt uns noch weiter ins Verderben.

### Tagung des Internationalen Arbeitsamts.

In der gestrigen Schlußsitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes fand anlässlich der Vorlesung des Unterausschusses für den Achtstundentag eine längere Debatte über die Mittel statt, mit deren Hilfe die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag zu erreichen wäre. Die englische Regierung hatte bereits im Jahre 1921 eine Revision des Abkommens vorgeschlagen, die, ohne den Grundgedanken des Achtstundentages zu berühren, einige Bestimmungen „biegsamer“ gestalten sollte. Der Unterausschuss schlug nun vor,

nicht ein Revisionsverfahren anzubahnen, das gefährlich und schwierig sein würde, sondern eine eingehende Umfrage bei den verschiedenen Staaten über ihre Abänderungswünsche zu veranstalten. Wie das amtliche Communiqué des Arbeitsamtes mitteilt, erklärten hierauf die Arbeitergruppen des Verwaltungsrates, daß sie an dem Text des Washingtoner Abkommens festhalten und sich zu keinem Revisionsverfahren verstehen und auch zu keinen Vorschlägen hergeben wollen und daher die Revisierungen des Unterausschusses ablehnen.

### Internationales Arbeitsamt und Landwirtschaft.

Ein Beirat für Landwirtschaft wurde gemäß Uebereinkommen zwischen dem Internationalen Arbeitsamt in Genf und dem Internationalen Landwirtschaftsinstitut in Rom eingeleitet. Jedes der beiden Institute ist durch drei Mitglieder vertreten, wozu noch Sachverständige kommen. Die erste Tagung des Ausschusses fand jüngst in Genf statt. Sie befahte sich mit Fragen der Berufsausbildung der Landarbeiter, den landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Verbüdung des Mißbrandes unter den Viehbeständen.

Zum ersterwähnten Punkt wurde ein Fragebogen zur Vorlage an die Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation entworfen, der folgende Punkte behandelt:

1. Gesetzgebung.
2. Aufnahme landwirtschaftlicher Gegenstände in die Lehrpläne der Volksschulen.
3. Landwirtschaftliche Fortbildungsschulen.
4. Besondere Einrichtungen für ländliche Erziehung.
5. Landwirtschaftliche Hochschulen.

Ein Fragebogen über Arbeitergenossenschaften in der Landwirtschaft bezieht sich auf nachbenannte Gegenstände:

1. Genossenschaften für landwirtschaftliche Arbeit.
2. Genossenschaften für Landerwerb.
3. Genossenschaften zur Pachtung von Land.
4. Landwirtschaftliche Kreditinstitutionen.

Bei Verhandlung des zweiten Punktes wurde es als erwünscht bezeichnet, den Beziehungen nachzugehen, die zwischen ländlichen Kreditgenossenschaften einerseits und Produktions- sowie Konsumgenossenschaften andererseits hergestellt werden können. Hiermit hat sich das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom bereits befaßt, das deshalb ersucht wurde, zusammen mit dem Internationalen Arbeitsamt die Mittel festzustellen, mit deren Hilfe landwirtschaftliche Genossenschaften (und besonders Kreditgenossenschaften) eine direkte Verbindung zwischen Erzeugern und Verbrauchern landwirtschaftlicher Produkte — vor allem den Konsumvereinen — anzubahnen imstande wären.

### Die neue Reichsmesszahl für Beamte und Arbeiter.

Gestern haben im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit den Spitzenverbänden der Beamten, Angestellten und Arbeiter stattgefunden. Die Lohnmesszahl für die Arbeiter soll in der dritten Oktoberwoche endgültig eine Willkür, die Messzahl für die Beamtengehälter im dritten Oktoberviertel 159 000 betragen.

### Generalversammlung der Fleischer.

Die letzte außerordentliche Generalversammlung hatte sich unter anderem mit der Verminderung der Zahl der Angestellten, dem Renaubau des Geschäftsrates und mit der Ergänzungswahl für fünf Hauptvorstandsmitglieder zu befassen. Die Geschäftsführung legt sich jetzt folgendermaßen zusammen: Bevollmächtigter Emil Weill, Kassierer Ludwig Fischer, Sekretär Mich. Schulz. In die Hauptverwaltung des Verbandes wurden die Kollegen Karl Goldfarb, Paul Sagassa, Max Friedrich, Otto Sternheimer und Alwin Träger gewählt.

Lohnstarif für die Berliner Landschaftsgärtner. Die Stundenlöhne betragen in Millionen Mark ab 15. Oktober: für Gärtner im ersten Jahr der Brandentfähigkeit unter 20 Jahren 312, über 20 Jahre 333, nach einjähriger Brandentfähigkeit 333 bzw. 350, Obergärtner und Anlageleiter 357, Arbeiter 305 bzw. 333. Die Landzulage beträgt pro Tag 1054; ab 18. Oktober in derselben Reihenfolge 400 bzw. 423, 428 bzw. 450, 459, 362 bzw. 423, 275, Landzulage 1355.

Anmerkung: Im Hinblick auf die ungeklärte Situation bezüglich der Lohnregelung in den anderen Berufen haben sich die Vertragsparteien ein Revisionsrecht der Lohnhöhe vorbehalten. Die vereinbarten Beträge sollen jedoch zunächst gezahlt werden.

Der Mindestwochenlohn für Poliere. Für Maurerpoliere, Zimmerpoliere und Betonpoliere beträgt vom 13. Oktober bis 19. Oktober der Mindestlohn 40 011 Millionen. Wo vorher höhere Löhne gezahlt wurden als der Mindestlohn, erhöhen sich diese um 625,5 Proz. Der Mindestlohn für Schachtmeister beträgt 39 900 Millionen.

Achtung, Löhner. Der Stundenlohn beträgt vom 14. bis 20. Oktober 778 Millionen.

Der Lohn für Glaser beträgt für die Zeit vom 12. bis 18. Oktober 707 Millionen pro Stunde. Hilfsarbeiter erhalten das Lohnabkommen im Bureau.

Edo Jimmen, der von seinem Posten als Sekretär des Allgemeinen Internationalen Gewerkschaftsbundes zurückgetreten ist, ist auf einer Konferenz der Abteilung Seelen des Internationalen Transportarbeiter-Bundes zum Sekretär dieser Abteilung ernannt worden.

Achtung! SEDB-Buchdrucker Reußhaus. Am Sonnabend, abends 1/2 8 Uhr, bei Gohde, Hermannstraße 199, Zusammenkunft. Tagesordnung: Die bevorstehende Delegiertenwahl. Es ist Pflicht der jetzigen Delegierten, anzukommen zu sein. Der Fraktionsauschuß.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Urban Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Justiz: Dr. John Schilkenhoff; Soziales und Konflikte: Fritz Kerschke; Angelegen: H. Glöck; Schriftlich in Berlin. Verlag: Formaris-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formaris-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

**Achtung! Ausschneiden!**

Verkaufe mit halber Anzahlung, Rest 2 bis 3 Wochen — Ratenzahlung

**Herrn-Sportbekleidung**  
Wollcord- sowie Lindener Cord-Samt-Manchester-Sport-Anzüge, flotte Breeces- und Reistieftieinos, Jagd- u. Wirtschaftsjoppen, Wintermäntel, Lister-, Schlüpfer, Leinwandmäntel, Gummi-Regenmäntel in viel Farben.

**Arbeiter-Berufsbekleidung**  
wie gut verarbeitete Arbeitskleidung aus Cord- u. Samtmanchester, Engl.-Leder, Pilot-, Stoff- und Zwiroschen, Arbeitsblusen, Livreen, warme Unterzieh-Strickjacken usw. in vielen Farben.

**Jagd-, Sport- u. Tourenschuhe**  
Jagd-Schnürstiefel, Gutsbesitzer-, Inspektorenstiefel in Schwarz mit festen Schäften, Kav.-Reistiefel (kein Militär-), doppelseitige

**Fa. Koltermann / Textilwaren-Haus**  
Berlin-Lichtenberg, B. 11, Möllendorfstr. 94/95 (unweit Bahnhof Frankfurter Allee).

**Milliarden sparen Sie**  
bei ERICH SCHULZ  
Neukölln, Kaln.-Friedr.-Str. 220  
an der Weichselstr.

Für den Winter: Strumpfwaren, Kindertrikots, Trikots, Kindersweaters, Wollwaren, Damen-Schlüpfer, Woll-, Nähnarn.

**BESTECKE**  
mit u. ohne Silberanlege. Riesenauswahl, nur billigste Preisberechnung

**M. Dinse, Juwelier**  
Lichtenberg, Frank. Allee 202  
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichstr.

Teleph. Lichtenberg 3322

Willst du preiswert

**Hosen**  
kaufen, mußt zu

**Hosen-Anders**  
laufen.

**A. Anders,**  
Beusselstr. 25

Anzüge Paletots Hosen  
fertig und nach Maß  
Gummimäntel  
Manchester-Loden  
Knaben-Garderob.  
Wäsche, Hüte  
Gute Waren  
Billige Preise  
Auf Wunsch Zahlungserleichterung!  
An Sonntagen Vergrößerung

**G. Prager**  
Brunnenstraße 51  
1. Etage, unweit Lichtenberg

**Metallbetten**  
Stahlmatratz., Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelbau, Suhl Thür.

**Ischias**  
In Berlin, Seidl u. Pils 1, 15 7. Janst. Invalidenstr. 108. 9-11, 4-6. Januar

**Bon unten auf**  
Ein neues Buch der Freiheit

Gesammelt und gefaltet von Franz Diederich

Zus dieser umfangreichen Sammlung sozialer Dichtungen mißt dem Proletariat heute am Leben u. Kraft zum Aufschwung. Ein dichteresches Einheitsbuch für den Sozialisten, das auch jeder Fortschrittler bei Organisationsbesuchen sollte.

Schon in halbleinen geb. Preis-Grundzahl M. 3.—

**Buchhandlung Vormüders**  
Berlin SW. 68, Lindenstr. 2

**Reste-Haus C. Pelz**  
Kottbuser Str. 5

Anzugstoffe  
Kostumstoffe  
Mantelstoffe  
Kleidstoffe  
Seidenstoffe

Mäntel, Kostüme  
Röcke

2% Rabatt!

**Zähne** 95 und 135 Millionen.  
3 Jahre weitgehende Garantie.

Teilzahlungen gestattet. Kronen. (Spez. Brücken-zähne ohne Gaumen.) Keine Luxuspreise. Persönl. Fachmann. Munduntersuchung gratis. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellungen gratis. Ueber 20 000 Gebisse voller Zufriedenheit geliefert.

**Harvani, Danziger Str. 1** (Hochbahnstation).  
Vorzüger Extra-Rabatt 10 Prozent.

**Gebrüder Fuhrmann**  
Handelsgerichtlich eingetragene Firma

kaufen Gold-, Silber-, Platin-Bruch  
Zahngebisse

BERLIN W 30 Nollendorfstr. 39

**Korsette**  
Verkauf  
Reparatur, Maß-anfertigung  
Fr. C. Hungartz,  
Neukölln, Dödelstr. 31.

**Zigarren, Zigaretten**  
(Wochen, Loh-, Bäckerei usw.) zu günstig. Preisen  
Schreiber, Holzmarktstr. 28

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch**  
Zahngebisse zahlt unüberbleibbare Preise  
R. Felske,  
67 Grosse Frankfurter Strasse 67.